DER WEG ZUR DEUTSCHEN EINHEIT

Wolfgang Seeger

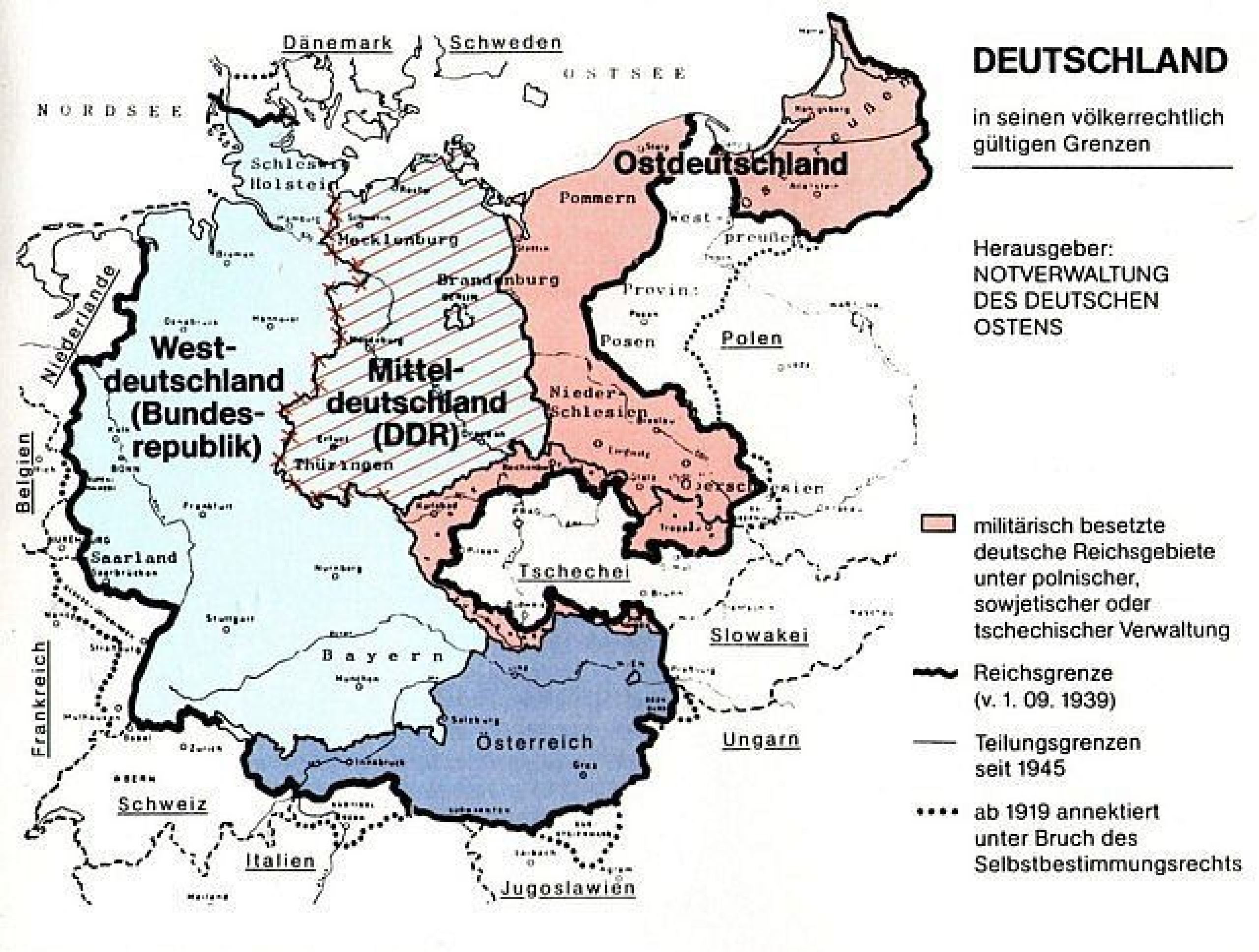
Wie kann ein drohender Krieg in Europa verhindert werden?

Ostbündnis?
Westbündnis?
Neutralität?



GRABERT

74 Tübingen · Postfach 1629



Wie groß ist Ostdeutschland?

Ostpreußen mit Memelland (39300 km²) ist fast so groß wie die Schweiz (41300 km²)

Danzig (1966 km²) ist fast so groß wie Luxemburg (2590 km²)

Pommern östlich der Oder (31300 km²) ist größer als Belgien (30500 km²)

Brandenburg östl. der Oder u. Neiße (12600 km²) ist fast so groß wie Nordirland (14120 km²)

Schlesien östlich der Neiße (33400 km²) ist so groß wie die Niederlande (33610 km²)

Sudetenland mit Südböhmen und Südmähren (22586 km²) ist größer als Israel (20850 km²)

Staffelpreise:

10 Expl.	DM 12,–
50 Expl.	DM 45,–
100 Expl.	DM 70,–

zuzüglich Versandkosten

7400 Tübingen, Postfach 1629
Printed in Germany
Gesamtherstellung:
Gulde-Druck GmbH, Tübingen

Die gegenwärtige Lage

Der unerklärte Krieg zwischen England und Argentinien im Frühjahr 1982 um den Besitz der Falkland-Inseln zeigt allen denen, die bisher geglaubt haben, ein Krieg zwischen Staaten der sogenannten *»westlichen Welt«* sei nicht mehr möglich, daß sie im Irrtum sind. Außerdem zeigt es die Ohnmacht oder *»gewollte«* Machtlosigkeit der Vereinten Nationen, die diesen Krieg doch eigentlich hätten verhindern müssen. Im übrigen war die Ursache des »Falkland-Krieges« ein noch nicht beseitigtes Unrecht aus der englischen Kolonialzeit.

In der jetzigen Nachkriegszeit, rund 38 Jahre nach der militärischen Beendigung des 2. Weltkrieges, in der sich die beiden Großmächte – die Vereinigten Staaten von Amerika und die Sowjetunion – schwer bewaffnet und ausgerüstet mit atomaren, bakteriologischen und chemischen Massenmordmitteln gegenüberstehen – der Ausdruck Atom- bzw. Nuklearwaffen dient nur der Verniedlichung und damit der Verschleierung der tatsächlichen Gefahren –, fragt sich jeder nachdenkliche und verantwortungsbewußte Bürger auf der Welt und insbesondere in Mitteleuropa, wie ein Zusammenprall dieser beiden hochgerüsteten Machtblöcke, vermieden werden kann, denn bei einem größeren Einsatz dieser Massenvernichtungsmittel wäre nicht nur das Ende Europas, sondern sicherlich auch der ganzen Menschheit gekommen; die dabei freigesetzten radioaktiven Stoffe, Krankheitserreger oder chemischen Gifte machen bekanntlich vor keiner Staatsgrenze halt, sondern werden durch den Wind auch in Gebiete getragen, die von den unmittelbaren Kriegseinwirkungen nicht betroffen sind. Sie würden auch dort ihr Menschen und Tiere vernichtendes Werk vollführen.

An einem Menschheitsvernichtungskrieg, z.B. einem sogenannten großen atomaren Schlagabtausch, haben beide *»Supermächte«* wohl kein Interesse. Die Aussicht, vom atomsicheren Bunker aus nur noch über Leichen herrschen zu können, und die Gewißheit, in diesem Bunker für immer bleiben zu müssen, da die ganze Umgebung strahlen- oder bakteriologisch und chemisch verseucht und dort ein Leben nicht mehr möglich ist, ist nicht gerade ein Ansporn.

Begrenzte Kriege oder sogenannte *»Stellvertreterkriege«* haben dagegen schon mehrfach stattgefunden (z.B. Koreakrieg, Vietnamkrieg) und sind bekanntlich jederzeit weiterhin möglich. Die Bevölkerung dieser

Staaten wurde und wird dabei der teilweisen oder auch völligen Vernichtung preisgegeben.

Diese *»begrenzten«* Kriege brachen vornehmlich in künstlich geteilten Staaten aus, in Staaten bzw. Völkern, die in zwei Interessensbereichen der beiden Weltmächte aufgeteilt waren oder heute noch sind. Künstlich geteilte Völker, denen durch die Teilung das als zwingende Rechtsnorm geltende Selbstbestimmungsrecht der Völker vorenthalten wird, versuchen früher oder später diese Teilung zu überwinden. Das ist ihr gutes Recht, zumal der im Unterbewußtsein der Angehörigen eines Volkes lebende Selbsterhaltungswille der Volksseele gebieterisch die Herstellung der Volkseinheit verlangt.

Dieser Selbsterhaltungswille will *nur* die Erhaltung des eigenen Volkes und ist frei von Machtgier und damit von dem Willen zur Unterjochung fremder Völker. Im Selbstbestimmungsrecht der Völker, das heute als Rechtsgrundsatz international anerkannt ist, wird diesem Selbsterhaltungswillen Rechnung getragen. Im europäischen Raum ist bekanntlich Deutschland ein mehrfach in Interessensgebiete fremder Mächte aufgeteiltes Land.

Wir dürfen bei der Betrachtung der Lage nicht vergessen, daß zwischen diesen beiden großen Machtblöcken schon immer Querverbindungen bestanden haben und auch heute noch bestehen, auch wenn man manchmal den Eindruck hat, daß vor der Öffentlichkeit das Theater einer unversöhnlichen Feindschaft aufgeführt wird. Die amerikanische Hochfinanz finanzierte schon die Rote Revolution des Jahres 1917 in Rußland, wie aus zahlreichen Veröffentlichungen hervorgeht, und die US-Regierung verhinderte im 2. Weltkrieg eine mögliche militärische Niederlage der Sowjetunion durch ungeheure Lieferungen von Kriegsmaterial und Verpflegung. Auch heutzutage erhält die Sowjetunion zur Milderung ihrer ständigen Ernährungskrisen nach wie vor große Getreidelieferungen von den USA. Beide Supermächte sind bestrebt, in ihren seit 1945 gegenseitig abgegrenzten Machtbereichen ihre Machtstellung zu erhalten und auszubauen; man bekommt leicht den Eindruck, daß sie jeweils die andere Supermacht zum Aufbau eines Feindbildes brauchen, um ihre Satelliten bzw. Verbündeten besser bei der Stange halten zu können. Die Propaganda wird voll in den Dienst ihrer Machtentfaltung gestellt. Bekanntlich bezeichnen *drei Worte* letztlich die Mittel zur Beherrschung der Völker: *Furcht*, *Staunen* und *Gewöhnung*. Mit der Atomrüstung und dem An-die-Wand-malen eines Atomkrieges wird den Völkern Furcht einge-

jagt – Menschen aber, die in Furcht leben, können nicht mehr frei und folgerichtig denken, denn die Furcht verhindert klares Denken und folgerichtiges Handeln.

Der Begründer und erste Präsident der Paneuropa-Union, Graf Coudenhove-Kalergi, schrieb über Kapitalismus und Kommunismus:

»*Kapitalismus und Kommunismus sind ebenso wesensverwandt wie Katholizismus und Protestantismus, die sich durch Jahrhunderte für extreme Gegensätze hielten und mit allen Mitteln blutig bekämpften. Nicht ihre Verschiedenheit, sondern ihre Verwandtschaft ist die Ursache des erbitterten Hasses, mit dem sie einander verfolgen.*«[1]

Auf Seite 33 des gleichen Buches finden wir:

» *Der Kampf zwischen Kapitalismus und Kommunismus um das Erbe des besiegten Blutadels ist ein Bruderkrieg des siegreichen Hirnadels, ein Kampf zwischen individualistischem und sozialistischem, egoistischem und altruistischem*« (selbstlosem), »*heidnischem und christlichem Geist. Der Generalstab beider Parteien rekrutiert sich aus der geistigen Führerrasse Europas: dem Judentum.*«

Diese Aussage des Freimaurers hohen Grades, also eines »Eingeweihten«, wird bestätigt durch den Ausspruch des ehemaligen Obersten Richters in den USA, Felix Frankfurter, über die »wirklich Regierenden in den USA« (s. u.) und durch die Abstammung der obersten Führungsspitze in der Sowjetunion. Wir dürfen jedoch im Hinblick auf die Sowjetunion nicht vergessen, daß in diesem großen russischen Raum auch schon in früheren Zeiten noch andere »Glaubensmächte« oder internationale Mächtegruppen, die auf Grund einer Ideologie (= politischen Grundvorstellung, »Heilslehre«) handeln, tätig waren oder nach wie vor sind. Auch ist es jederzeit möglich, daß zu ihrem Volkstum stehende Menschen zu einem entsprechenden Einfluß kommen können.

Das gegenseitige Ringen dieser »ideologischen« Mächtegruppen um die Weltherrschaft geschieht im Verborgenen und wird somit der breiten Öffentlichkeit kaum bekannt; selbst wenn in einem Staat eine überstaatliche Gruppe einer anderen (der »Konkurrenz«) bei diesem Ringen um die Weltherrschaft weichen muß, wird der Einfluß der ersteren meist nur oberflächlich zurückgedrängt, aber wohl kaum völlig ausgeschaltet.

Seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1949 treten die offiziellen Stellen dieses westdeutschen Staates für eine einseitige Bindung der Bundesrepublik Deutschland an die NATO und an die USA ein, während die Deutsche Demokratische Republik (Mittel-

deutschland) im Warschauer Pakt und damit im Ostblock unter sowjetischer Führung entsprechende Bindungen eingehen mußte.

Eine Politik der Neutralität – eines neutralen wiedervereinigten Deutschen Reiches – wird von den maßgebenden Politikern beider deutschen Teilstaaten bisher, jedenfalls offiziell, nicht in Erwägung gezogen.

In dem Aufsatz »*Sicherheit gewinnen wir nur Schulter an Schulter mit Amerika*« meint Generalmajor Hans K. Nolzen[2]:

»*Ich warne davor, an unseren lebenswichtigsten Bindungen zu den Vereinigten Staaten etwas ändern zu wollen. Wir haben allen Grund, uns auf die Amerikaner zu verlassen. Ohne sie gibt es heute in Mitteleuropa keine Sicherheit. Sie haben uns auch in der Vergangenheit nicht im Stich gelassen*«.

General Nolzen verweist dann auf die Luftbrücke der Amerikaner nach Berlin im Jahre 1948, die mehr bedeutet hätte als »*Rosinenbomber*« für Menschen in Not, »*Damals drohten in Europa einige Lichter der Freiheit auszugehen. Wir dürfen das niemals vergessen.*«

Nun, die Luftbrücke nach Berlin war, einmal rein militärisch gesehen, eine Nachschubübung großen Stils, nämlich die Durchführung der Versorgung von eingeschlossenen eigenen Truppen aus der Luft. Die Bewohner Berlins stellten hierbei die eingeschlossenen eigenen Truppen dar, und für die Organisationsleitung und die daran beteiligten Verbände war es von untergeordneter Bedeutung, ob sie hier nun Lebensmittel und Kohlen für die Bevölkerung oder Kriegsmaterial und sonstige Nachschubgüter für eine eingeschlossene Truppe heranflogen. Die USA hätten damals, wenn sie gewollt hätten, den freien Zugang nach Westberlin durch Drohung mit einem Atombombeneinsatz erzwingen können, da sie zu dieser Zeit allein über Atomwaffen verfügten.

Weiter schreibt General Nolzen:

»*Der Ruf nach einer atomwaffenfreien Zone in Zentraleuropa ist so alt wie der immer wiederkehrende Gedanke an einen neutralen deutschen Staat (was den Sowjets Neutralität bedeutet, haben sie kürzlich in schwedischen Gewässern praktiziert) . . .*

In einer atomwaffenfreien Zone würde die Bundesrepublik sehr bald zu einer Geisel des Ostblocks: Die konventionellen NATO-Streitkräfte in Mitteleuropa sind den Warschauer-Pakt-Truppen weit unterlegen. Hieran wird sich auch vorläufig nichts ändern. Daher: Nur ein Waffengleichgewicht unter Einschluß der nuklearen Komponente schafft die Sicherheit, die allein die Erhaltung des Friedens in Europa garantiert. Dabei muß es

ein Ziel aller sein, die Rüstung beider Seiten auf ein möglichst niedriges Niveau zu senken.«

Hierzu ist zu bemerken, daß die Drohung mit dem Einsatz von Atomwaffen zur Abschreckung des Feindes, was ja »der Einschluß der nuklearen Komponente« bedeutet, keine Wirkung mehr hat, da der Warschauer Pakt über mindestens ebenso viele atomare Abschreckungswaffen verfügt wie die NATO. Wenn man die Schwelle zu einem auch nur »begrenzten« Atomkrieg erhöhen will, muß die herkömmliche Verteidigungskraft entsprechend erhöht und auf den neuesten Stand der Technik gebracht werden. Die Schwelle zu einem Atomkrieg muß so hoch gesetzt werden, daß keine der Großmächte einen solchen beginnt – vergleichbar mit dem Nichteinsatz von Giftgas im 2. Weltkrieg, das damals die kriegführenden Mächte besaßen, aber nicht einsetzten.

Bundespräsident Karl Carstens wies in seiner Ansprache beim Überseetag in Hamburg am 7. 5. 1982 auf das Verhältnis der Bundesrepublik Deutschland zu den Vereinigten Staaten von Amerika mit folgenden Worten hin:

»Ich warne davor, sich von Amerika abzuwenden. Das zu tun, hieße nichts anderes, als zum dritten Mal in unserer jüngeren Geschichte in den Fehler zu verfallen, die Bedeutung der Vereinigten Staaten für unser Schicksal zu mißachten . . .

Wer sich in Deutschland allen Enstes mit dem Gedanken an einen Neutralismus befaßt, hat aus der Geschichte nichts gelernt. Neutralismus wäre der Versuch, Deutschland in seine alte kontinentale ›Landbestimmung‹ zurückzuführen. Ein solcher Versuch entspricht nicht der heutigen Wirklichkeit, er verkennt, daß unser Schicksal im 20. Jahrhundert zugleich atlantisch bestimmt ist. Genauso illusionär« (trügerisch) *»scheint mir ein ›Europa zwischen den Blöcken‹ zu sein . . .*

Für unser Land gibt es keinen ›Weg zwischen den Blöcken‹. Zur Wahl stehen nur die Abhängigkeit von der Sowjetunion oder die Partnerschaft mit Amerika im Atlantischen Bündnis. Wir haben diese Wahl getroffen . . .«[3]

Der Verteidigungsminister unter Bundeskanzler Kohl, Manfred Wörner, tritt ebenfalls für eine feste Bindung an den Westen ein.

»Ihm komme es darauf an, klarzumachen, daß die neue Regierung in ihrer Politik ›absolut klar und verläßlich ist‹, sowohl was die Priorität« (Vorrang) *»für die Westbindung angehe als auch für die Absage an Neutralismus, Anti-Amerikanismus und Äquidistanz-Vorstellungen«* (sinnge-

mäß: Gleicher Abstand zu den Supermächten). »*Auch könne man in Washington sicher sein, daß sich die Bundesregierung bemühen werde, auf dem Feld der Rüstungskontrolle die Politik des Bündnisses zu verwirklichen . . .*«[4]

Warum soll es für Deutschland und Europa keinen »*Weg zwischen den Blöcken*« geben, zumal Deutschland sowieso in beiden Blöcken liegt? Ist die Partnerschaft mit Amerika nicht auch eine Abhängigkeit von Amerika, wenn man die Behandlung der Bundesrepublik Deutschland durch die USA einmal näher betrachtet? Sind die inneren Verhältnisse der USA mit ihrer hohen Kriminalität und ihren Rassenauseinandersetzungen in ihren Großstädten ein Vorbild für uns? Hat man vergessen, was wir Deutschen den USA in den letzten 70 Jahren zu verdanken haben? Sie führten im 1. und 2. Weltkrieg »*Kreuzzüge*« gegen uns!

Als am Ende des 2. Weltkrieges die Siegermächte Deutschland aufteilten und ausplünderten und Teile der Zivilbevölkerung sogar nach Osten verschleppt bzw. ermordet wurden, raubten die USA mindestens 200 000 Patente und 146 000 neue, noch nicht bearbeitete Patentanmeldungen. Der Wert dieses Raubes kann nicht annähernd genau geschätzt werden. Solche Methoden sind übelste Raubkriegsmethoden und schwerste Verletzungen des zwingenden Völkerrechts[5]!

Die USA, der jetzige Freund der Bundesrepublik Deutschland, haben bisher ihrem Freund diesen Raub nicht zurückgegeben, wie es doch eigentlich unter Freunden selbstverständlich sein sollte. Man denke auch an den im 2. Weltkrieg in den USA veröffentlichten Plan der Sterilisation des deutschen Volkes von Theodore Nathan Kaufman, an den Morgenthau-Plan und den Bestrafungs- und Umerziehungsplan von Louis Nizer, der mindestens zum Teil bei uns durchgeführt wurde. Was können wir also von den USA erwarten, wenn wir ihre Politik uns Deutschen gegenüber in den letzten Jahrzehnten näher betrachten?

In Südostasien urteilt man über eine Freundschaft mit den USA anders als bei uns:

»*Wer die Amerikaner zu Freunden hat, braucht keine Feinde*«, schleuderte Madame Nhu dem US-Präsidenten Kennedy entgegen, als der südvietnamesische Präsident Diem und dessen Bruder Nhu ermordet worden waren. Im anschließenden Vietnamkrieg (1964–1973) wurden von den US-Truppen u. a. riesige Wälder durch chemische Mittel entlaubt und am Ende des Vietnamkrieges wurde der einzige Atomreaktor Südvietnams von amerikanischen Spezialisten »*stillgelegt und gesprengt*«[6].

Man nahm hier also genausowenig Rücksicht auf die Zivilbevölkerung wie im 2. Weltkrieg, in dem absichtlich reine Wohnviertel bombardiert wurden und zum Beispiel die unverteidigte Stadt Dresden, die mit Flüchtlingen überfüllt war und in der sich damals über eine Million Menschen befanden, am 13./14. 2. 1945 innerhalb von 24 Stunden durch drei Bombenangriffe fast völlig von britischen und amerikanischen Flugzeugen in Schutt und Asche gelegt wurde*. Die neuesten Äußerungen von amerikanischen Politikern atmen den *»gleichen Geist«* wie in den vergangenen Jahrzehnten, wie wir gleich sehen werden.

An der Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Europa oder an einem neutralen Europa haben die USA keinerlei Interesse.

»Westeuropa wird bereits militärisch von der Sowjetunion erpreßt. Diese Ansicht vertrat der Leiter der amerikanischen Abrüstungsbehörde, Eugene Rostow, in einem Interview mit der französischen Nachrichtenagentur ›Agence France-Presse‹ (afp) . . .

*›Finnlandisierung, Polonisierung oder Helvetisierung – Sie können es nennen, wie Sie wollen. Moskau will Europa neutralisieren, um es als Milchkuh auszuschlachten‹**, erklärte Rostow . . .«*[7]

Mit dem ersten Teil des Satzes, *»Moskau will Europa neutralisieren«*, trifft Rostow wohl das Richtige; mit dem zweiten Teil, *»um es als Milchkuh auszuschlachten«*, sollen die Europäer von einer friedenserhaltenden Politik der Neutralität abgehalten werden, denn wer will schon als Milchkuh ausgeschlachtet werden? Man sollte doch darüber nachdenken, wer dieses sagt, und sich dabei die amerikanische Politik der letzten 60 bis 70 Jahre gegenüber Deutschland vor Augen halten!

In Presse, Rundfunk und Fernsehen wird letztlich die gleiche Ansicht vertreten und die Neutralität Deutschlands, die ja die Wiederherstellung der Reichseinheit miteinschließt, als *»utopisch«* (also als wirklichkeitsfremd) und daher als ein nicht erstrebenswertes Ziel dargestellt. Dabei wird noch besonders hervorgehoben, daß eine *»neutrale«* Politik das Ende jeder deutschen Freiheit darstellen würde.

---

* Der 3. Angriff richtete sich am Tage gegen die aus den Randgebieten von Dresden flüchtende Bevölkerung! 28 Quadratkilometer Fläche brannten! In einem Bericht des Propagandaamtes nach Berlin wurde die Zahl der Toten *»mit 350000 bis 400000 geschätzt«*. *»Vielleicht sind es 50, vielleicht 70 Prozent aller Toten, die geborgen wurden. Alle anderen liegen noch heute unter den Trümmern Dresdens.«* (Axel Rodenberger: *»Der Tod von Dresden«*, 8. Auflage, 1963, S. 173, 187).

** Soll wohl heißen: *»auszumelken«*.

Der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, Ronald Reagan, und seine engsten Mitarbeiter, Verteidigungsminister Weinberger u. a., haben klipp und klar zu erkennen gegeben, daß sie einen dritten »*begrenzten*« Weltkrieg in Europa durchaus für möglich halten.

Ronald Reagan hat sich in einem Interview mit amerikanischen Chefredakteuren zu der Möglichkeit eines begrenzten atomaren Schlagabtausches der beiden Großmächte geäußert. Die Frage an den Präsidenten lautete:

»*Glauben Sie, daß es einen begrenzten Schlagabtausch mit nuklearen Waffen zwischen uns und der Sowjetunion geben könnte, oder daß er einfach unausweichlich eskalieren würde?*«

Reagan:

»*Ich weiß es, ehrlich gesagt, nicht ... Ich könnte mir eine Situation vorstellen, wo es einen Schlagabtausch mit taktischen Waffen gegen Truppen auf dem Schlachtfeld geben könnte, ohne daß die eine oder andere der Großmächte den Knopf drückt.*«[8]

Dieser Schlagabtausch fände sicherlich in Europa statt, und da vor allem in Deutschland, aber kaum an der Beringstraße zwischen Asien und Amerika.

Der amerikanische Verteidigungsminister Weinberger hat »*im schottischen Gleneagle am Rande einer NATO-Tagung die These vertreten, ein mit taktischen Nuklearwaffen ausgetragener Krieg in Europa müsse nicht automatisch einen totalen Atomkrieg zur Folge haben.*«[9]

»*Reagans Abrüstungsbeauftragter Rostow erklärte denn auch schon vor einigen Wochen kategorisch: ›Wir leben in einer Vorkriegs- und nicht in einer Nachkriegs-Welt.‹*«[10]

Der US-Verteidigungsminister Weinberger vertritt die Ansicht: »*Das Schlachtfeld des nächsten konventionellen Krieges wird Europa sein und nicht die Vereinigten Staaten.*«[11]

Henry Kissinger sagte schon 1979 in Brüssel:

»*Ihr Europäer müßt schon verstehen, daß, wenn es in Europa zu einem Konflikt kommt, wir Amerikaner natürlich keineswegs beabsichtigen, mit euch zu sterben.*«[11]

Der amerikanische Konteradmiral Gene R. La Roque vom Washingtoner Center für Defense Information sagte mit überzeugender Aufrichtigkeit:

»*Wir haben im 1. und 2. Weltkrieg in Europa gekämpft. Wir würden auch den 3. Weltkrieg gern in Europa führen.*«[12]

Die englische Zeitung *»Daily Mirror«* vertritt folgende Ansicht über die Neutronenvernichtungsmittel und die amerikanische Haltung:

»Wenn die Waffen je eingesetzt werden sollten, dann wahrscheinlich auf deutschem Territorium, Ost oder West; das russische oder amerikanische Kernland würde davon nicht berührt. Diese Gewißheit kann in Westeuropa nur den Verdacht verstärken, daß die USA und die Sowjetunion sehr wohl bereit sein könnten, bis zum letzten Verbündeten zu kämpfen. Das ist das sicherste Mittel, Europa in den Neutralismus zu treiben.«[13]

Eines ist bei der Betrachtung der Vergangenheit wohl als sicher anzunehmen: Die von der internationalen Hochfinanz abhängige US-Regierung wird über alle lebenswichtigen Belange der Deutschen hinweggehen, wenn diese den internationalen Zielen im Wege stehen!

Sehr klar und deutlich hat der Washingtoner Korrespondent der *»Chikago Sun Times«* schon zur Zeit der Präsidentschaft von John F. Kennedy geschrieben:

»Der Präsident ist dem Vernehmen nach zu der Ansicht gekommen, daß die Vereinigten Staaten der sowjetischen Aggression in Europa ohne Einsatz von Kernwaffen Einhalt gebieten können und müssen. Und wie im Fall des Korea-Krieges soll der Präsident bereit sein, das Konzept beiderseitiger Nichtangriffsgebiete zu akzeptieren, bei dem keine Seite Luftangriffe über das Gebiet der vom Kriege betroffenen Nation hinaus ausdehnt. Diese Strategie würde – auf einen möglichen Krieg wegen Berlin angewandt – erfordern, daß die westlichen und östlichen Aufmarschgebiete außerhalb Deutschlands gegen Angriffe immun blieben ... Falls die konventionelle Verteidigung nicht ausreicht, soll Mr. Kennedy bereit sein, die Wasserstoffbombe einzusetzen, um seinen Verpflichtungen gegenüber den West-Berlinern nachzukommen.«[14]

Damals – 1961 – war der amerikanische Präsident Kennedy bereit, einen *»Korea-Krieg auf deutschem Boden«* führen zu lassen (außerdeutsche Kampfverbände zur Stützung und Aufrechterhaltung der Front in der Bundesrepublik Deutschland und in der Deutschen Demokratischen Republik) und gegebenenfalls die Wasserstoffbombe einzusetzen; heute – 1982 – ist der amerikanische Präsident Reagan auch bereit, einen solchen Krieg auf deutschem bzw. europäischem Boden führen zu lassen und statt der Wasserstoffbombe Neutronenbomben einzusetzen.

Auch sein Vorgänger Jimmy Carter vertrat die gleiche Ansicht. Am Abend des 26. 7. 1976 ging folgende Nachricht durch den Äther:

»Der demokratische Präsidentschaftskandidat Jimmy Carter würde vor

einem möglichen Kernwaffeneinsatz der USA in Europa die betroffenen Länder verständigen. In diesem Zusammenhang wurden von Carter die Bundesrepublik Deutschland und Österreich genannt. Diese beiden Länder würden, bedingt durch ihre geographische Lage, wahrscheinlich zur Hauptkampflinie werden und somit der Vernichtung preisgegeben sein.«[15]

Lohausen bemerkt zu dieser Meldung:

»Einmal gesendet, kam diese Nachricht nie wieder. Nur für Sekunden war sie ihren Gouvernanten entwischt, dann hatte sich der perfekte Verschweige- und Verfälschungsmechanismus wieder gefangen. Keine Zeitung brachte die Cartersche Botschaft, kein Sender wiederholte, kein Dementi verleugnete sie . . .

Wo sonst in einem europäischen Krieg sollten die Atomgeschosse der Amerikaner denn einschlagen, wenn nicht da, wohin sie – zum Leidwesen vieler – im letzten Krieg nicht mehr zurechtgekommen waren, nämlich in Deutschland. (Sie gleich auf russischem Boden zu landen, wäre Selbstmord!) . . .

Bleibt nur die Hoffnung, ein solcher Krieg würde vielleicht doch ohne Kernwaffen geführt. Rußland zumindest liegt wenig an einem zerstörten Europa. Es will das intakte, und hätte, es zu erobern, auch andere Mittel. Kernwaffen benötigt nur, wer ohne sie unterliegt und dem Sieger nichts unzerstört hinterlassen will . . .«

Man sieht aus jener Meldung, daß die amerikanische Strategie letztlich gleichblieb, gleichgültig, wer nun gerade Präsident der USA ist!

Denn: *»Die wirklich Regierenden in Washington sind unsichtbar und üben ihre Macht hinter den Kulissen aus«*, sagte schon vor Jahrzehnten der Oberste Richter in den USA, Felix Frankfurter[16]. Der amerikanische Präsident ist also nur nach außen hin der mächtigste Mann der Weltmacht USA; er muß sich in Wirklichkeit nach den unsichtbar bleibenden Regierenden hinter den Kulissen der Politik richten. Der bekannte jüdisch-deutsche Wirtschaftsführer Walther Rathenau schrieb in dem Brief an Frank Wedekind am 21. 11. 1904 über die wahren Hintermänner der Kriege:

»Wer hat den Transvaalkrieg« (Burenkrieg der Engländer 1899–1902) »geführt? Lombardstreet.« (Lombardstreet, Straße in der Innenstadt Londons, Sitz großer Banken) »Wer führt den Japanerkrieg?« (Russisch-japanischer Krieg 1904/05) »Lombardstreet und Wallstreet.« (Wallstreet, Banken- und Börsenstraße in New York)[17].

Grundsätzlich gilt für jedes Volk und jeden Staat, daß nur ein Verteidigungskrieg sittlich gerechtfertigt ist.

Am 12. 12. 1982 ging durch die Presse die Meldung, daß in Großbritannien in der Nähe von London in High Wycombe eine neue Kommandozentrale für das Hauptquartier der 350000 in Europa stationierten US-Soldaten für den Fall eines Krieges zwischen dem Warschauer Pakt und der NATO gebaut werde. Diese Meldung wurde von Washington offiziell bestritten[18].

»Nach und nach haben US-Dienststellen in der amerikanischen Bundeshauptstadt eingestehen müssen, daß die Planungen für eine mögliche Verlegung des Stuttgarter Hauptquartiers der US-Streitkräfte in Europa und auch des NATO-Oberkommandos aus Belgien nach Südengland bereits auf vollen Touren laufen . . .

In High Wycombe sollen zwischen 1000 und 2000 Stabsoffiziere Dienst machen: soviel, wie gegenwärtig im Stuttgarter Hauptquartier und beim militärischen NATO-Oberkommando im südbelgischen Casteau bei Mons zusammen beschäftigt sind . . .

Im Pentagon heißt es dazu inzwischen: ›Es wird zwar gebaut, aber nicht verlegt.‹ Das Ganze sei nicht mehr als Notfall-Planung: ›Wenn es in den Ländern Kontinental-Europas zu einem militärischen Schlagabtausch kommt, müssen wir Kommandostellen zumindest teilweise in vorbereitete rückwärtige Stellungen verlegen können.‹ Die Amerikaner wissen, daß dies militärisch plausibel klingt, politisch aber Sprengstoff erster Güte ist . . .«[19]

Zu diesen Meldungen ist folgendes festzustellen:

Wenn von seiten der USA ein begrenzter (nuklearer bzw. herkömmlicher) Krieg in Europa jetzt in den Bereich der Möglichkeiten gezogen wird, so müssen allein schon aus führungstechnischen Gründen das US-Hauptquartier und das NATO-Oberkommando rechtzeitig vor Beginn eines solchen Krieges von Stuttgart und Casteau nach England verlegt werden, denn der Standort Stuttgart liegt auch im Falle eines nichtnuklearen begrenzten Krieges viel zu nahe an der Machtbereichsgrenze zwischen den USA und der Sowjetunion. Wenn dann noch *»wie im Falle des Korea-Krieges«* beiderseitige Nichtangriffsgebiete festgelegt werden, wobei keine Seite Luftangriffe über das Gebiet der vom Kriege betroffenen Nation hinaus ausdehnt, wie es in der o.a. Pressemeldung vom 26. 7. 1961 heißt(!), dann kommt man zu dem Schluß, daß der vorgesehene Ort des US-Hauptquartiers in einem *»Nichtangriffsgebiet«* (England) liegen wird

– das entsprechende *»Nichtangriffsgebiet«* im Osten könnte dann die Sowjetunion sein – und daß die dazwischen liegenden Gebiete, die Bundesrepublik Deutschland, die Deutsche Demokratische Republik, Böhmen, Mähren und die Slowakei, Polen, die Niederlande, Belgien und Dänemark, zum »begrenzten Kriegsschauplatz« ausersehen sind. Da erst jetzt »plötzlich« und nicht schon vor Jahren oder Jahrzehnten ein Hauptquartier für die US-Streitkräfte in Europa und für das NATO-Oberkommando in England gebaut werden soll, entsteht leicht der Verdacht, daß hier geheime Abmachungen für den Kriegsfall zwischen den USA und der Sowjetunion vorliegen.

Selbst wenn dieser begrenzte Krieg in Europa ohne Einsatz von ABC-Waffen stattfinden würde, was wahrscheinlich sein dürfte, da sich ein *»begrenzter«* Atomkrieg wohl kaum auf Europa beschränken ließe, wären riesige Verluste der Bevölkerung insbesondere in Mitteleuropa (also hauptsächlich in Deutschland) die Folge. Ja, die Gefahr einer atomaren Verseuchung weiter Gebiete wäre riesengroß, wenn ein Atomkraftwerk bei diesen Kriegshandlungen (auch nur versehentlich!) zerstört würde, denn der Stahlbetonmantel eines Atomreaktors hält einem schweren Beschuß oder Bombenwurf nicht stand.

»Die BRD ist wegen ihrer AKW« (Atomkraftwerke) »gar nicht zu verteidigen!« stellte Professor Dr. E. Huster, von 1959–1978 Direktor des Institutes für Kernphysik, Universität Münster, ein unabhängiger Wissenschaftler und Gegner der Nutzung der Atomenergie, in seinem Offenen Brief an Bundespräsident Karl Carstens vom 19. 8. 1982 fest. Zu der gleichen Feststellung müßte jeder militärische Führer auf Grund seiner Ausbildung kommen!

Um eine solche atomare Verseuchung der Bundesrepublik Deutschland zu verhindern, ist es notwendig, die vorhandenen Atomkraftwerke stillzulegen und jeden Weiterbau von solchen Anlagen einzustellen. Eine dadurch entstehende angebliche Lücke in der Energieversorgung könnte durch die Wiederinbetriebnahme von Tausenden stillgelegter kleiner Wasserkraftwerke gedeckt werden. Der Geschäftsführer des Verbandes Deutscher Wasserkraftwerke, Wilhelm Köhne, bemerkte dazu: »Innerhalb kurzer Zeit könnten fünf Prozent Energie mehr in die Verbundnetze der Energieversorgungsunternehmen eingespeist werden; gesund, umweltfreundlich und ohne Einsatz von fossilen Brennstoffen.«[20]

In einem *»Stellvertreterkrieg«* in Europa muß die Bundeswehr, also deutsche Soldaten unter fremdem Oberbefehl, vergleichbar mit einer

Fremdenlegion, die ja auch nur für fremde Belange kämpft, gegen die eigenen Volksgeschwister in der Nationalen Volksarmee der Deutschen Demokratischen Republik als erstes Krieg führen.

Wir dürfen auf Grund der Tatsache, daß noch kein Friedensvertrag mit dem Deutschen Reich, mit einem gesamtdeutschen Staat, abgeschlossen wurde, auch nicht vergessen, daß im Kriegsfalle sowohl die Angehörigen der Bundeswehr als auch die Soldaten der Nationalen Volksarmee der Deutschen Demokratischen Republik von der Sowjetunion bzw. von den USA als illegale Kampftruppen, als Partisanen, angesehen und behandelt werden können, denn jede Kampfhandlung der Soldaten der Bundeswehr oder der Nationalen Volksarmee verstößt gegen die Kapitulationsbedingungen vom 7. und 8. 5. 1945. Und die sogenannten *»Feindstaaten-Klauseln«*, die Artikel 53 und 107 der UNO-Satzung, die jederzeit Maßnahmen von seiten der Feindmächte des 2. Weltkrieges gegen Deutschland zulassen, sind trotz ihrer Völkerrechtswidrigkeit immer noch nicht aufgehoben, und das, obwohl die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik jetzt auch den Vereinten Nationen angehören!

Außer dem Westbündnis gäbe es wenigstens theoretisch für die Bundesrepublik Deutschland natürlich auch die Möglichkeit eines Bündnisses mit dem Ostblock, der Sowjetunion, aber ganz abgesehen davon, daß die Vereinigten Staaten von Amerika dies wohl niemals zuließen, wäre damit die unmittelbare Bedrohung Deutschlands nicht beseitigt. Außerdem würde bei einem solchen Wechsel von den USA zur Sowjetunion die Freiheit für unser Volk nicht erlangt – statt zwei hätten wir dann nur einen Herren, und dabei auch noch den unbequemeren.

Es bleibt also nur *die dritte Möglichkeit*, um aus dieser Unfreiheit und Bedrohung herauszukommen, und das ist die Neutralität, die im folgenden noch näher behandelt wird.

Wie kann ein Krieg in Europa verhindert werden?

An sich besteht zwar keine größere Kriegsgefahr als in den vergangenen drei Jahrzehnten, aber durch die gegenseitige Steigerung der Atomrüstung und insbesondere durch die taktischen Atomwaffen, die für einen Gefechtsfeldeinsatz vorgesehen sind und die einen »begrenzten« Atomkrieg als möglich erscheinen lassen, besteht tatsächlich eine Kriegsgefahr, und zwar hauptsächlich dort, wo diese taktischen Atomwaffen in größe-

rer Zahl aufgestellt werden sollen oder es bereits sind, und das ist in Mitteleuropa.

Bei dem vorhandenen und auch notwendigen Mißtrauen gegenüber den beiden Supermächten hinsichtlich dieser atomaren Aufrüstung muß ein Ausweg gesucht werden, der die Lage in Europa wirklich »entspannt«.

Die Lösung ist hier, wie vieles im menschlichen Leben, das natürlichste und einfachste, wenn man vor den Tatsachen und den in der Natur und in der menschlichen Seele geltenden Gesetzen nicht die Augen verschließt und das Lügengespinst einer weltweiten Propaganda, die ja nur den Zielen der internationalen Mächtegruppen dient, durch einfaches, kritisches Nachdenken (das kritische Nachdenken ist die Verbindung der Vernunft mit dem Willen zur Wahrheit) langsam, aber sicher zerreißt. Eine Hilfe ist dabei die Beantwortung der Frage: Wem nützt diese ganze mehr oder weniger offene Kriegspropaganda? Sollen die Völker durch diese Propaganda so eingeschläfert werden, daß sie eine Vermeidung eines solchen auf Europa begrenzten Krieges überhaupt nicht mehr für möglich halten und sich in das ihnen zugedachte Schicksal willenlos ergeben?

Die Lösung lautet:

Schaffung eines von Nord nach Süd Europa durchziehenden neutralen, atomwaffenfreien, aber bewaffneten Staatenblockes, der die Interessengebiete der beiden Supermächte oder sogenannten *»Großen Brüder«*, der USA und der Sowjetunion, räumlich voneinander trennt. Eine solche Trennung der Supermächte beseitigt in jedem Falle mögliche Reibungsflächen und mindert die Gefahr eines europäischen *»Stellvertreterkrieges«*. Nur in Deutschland stehen sich US-Truppen und Sowjettruppen Gewehr bei Fuß direkt gegenüber!

Wie kann ein neutraler Block in Europa geschaffen werden?

Verhandlungen mit der Sowjetunion sind aufzunehmen; sie ist unser räumlich nächster großer Nachbar, der die Schlüssel zur Wiederherstellung der deutschen Reichseinheit in Händen hält. Sie ist es, die zur Zeit den Deutschen in Mittel- und Ostdeutschland die Vereinigung mit den Deutschen in der Bundesrepublik zu einem gesamtdeutschen Staat verweigert.

Die Teilung Deutschlands wurde bekanntlich auf der Konferenz in

Jalta im Februar 1945 zwischen den USA, der Sowjetunion und Großbritannien festgelegt. Die USA hatten bisher nur ein Interesse daran, ihre Besatzungsbelange zu wahren, und schritten daher nicht ein, als am 13. 8. 1961 die Ostberliner Regierung zur Unterbindung des starken Flüchtlingsstromes nach Westberlin die Sektorengrenze besetzen und anschließend eine Mauer um Westberlin ziehen ließ. Anfang August hatte US-Präsident Kennedy zu Walt Rostow, einem seiner Berater, geäußert:

»Ich kann die Allianz« (= NATO) *»zum Einschreiten bringen, wenn Chruschtschow etwas mit West-Berlin anzustellen versucht, aber nicht, wenn er nur in Ost-Berlin etwas unternimmt.«*[21]

Es ging also letztlich im August 1961 in Berlin für die USA nur um ihre Besatzungsbelange, die von der Ostberliner Regierung und der Sowjetunion nicht angetastet wurden, und nicht um deutsche Ziele. Durch den Mauerbau wurden die amerikanischen Belange nicht eingeschränkt. Die Sowjetunion hielt sich hier an die in Jalta und Potsdam im Jahre 1945 festgelegten Interessengrenzen, genauso wie sich die USA an diese Grenzen hielten, als sie beim ungarischen Aufstand im Jahre 1956 die Ungarn nur mit »Worten« unterstützten, denn Ungarn gehört zum sowjetischen Einflußbereich.

Wir haben also keinen Grund anzunehmen, daß eine der beiden Supermächte uns »günstiger« gesonnen ist als die andere – beide vertreten nur ihre Belange und danach müssen wir unser Handeln einrichten; die Teilung unseres Landes verdanken wir *beiden* Supermächten!

Die Sowjetunion hat aber im Gegensatz zu den drei Westmächten in der Vergangenheit mehrfach gezeigt, daß sie Interesse an einem neutralen Gesamtdeutschland hat. Am 10. 3. 1952 machte bekanntlich Stalin den drei Westmächten, USA, England und Frankreich, den Vorschlag eines neutralen Gesamtdeutschlands mit eigener Wehrmacht, also den Vorschlag einer bewaffneten Neutralität Deutschlands.
Dieser Vorschlag wurde vielfach von vornherein für ein Scheinangebot erklärt. Der damalige Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer hätte zumindest jedoch den Vorschlag auf seine Ernsthaftigkeit hin überprüfen müssen. Aber Adenauer vertrat eine Politik im Sinne der Ziele der römisch-katholischen Kirche und betrieb damals den Eintritt der Bundesrepublik Deutschland in die EVG (Europäische Verteidigungsgemeinschaft). Er versuchte ein katholisches Klein-Westeuropa aufzubauen.

Adenauer sagte zu dem französischen Ministerpräsidenten Mendes-France:

»Sie verlieren nichts, wenn Sie die deutsche Wiedervereinigung opfern, aber ich. Doch wir sind bereit, sie zu opfern, wenn wir in ein starkes westliches Lager eintreten können. Vergessen Sie bitte nicht, daß ich der einzige deutsche Kanzler bin, der die Einheit Europas der Einheit seines eigenen Vaterlandes vorzieht!«[22]

Stalin war bereit (nach seinem Vorschlag zu schließen), zugunsten eines neutralen Gesamtdeutschlands auf eine kommunistische Regierung in seinem Einflußbereich zu verzichten. Nach Stalin fühlte Chruschtschow in ähnlichem Sinne vor, fand aber kein Entgegenkommen.

Die römisch-katholische Kirche war schon immer ein Gegner der Einheit Deutschlands; bereits 20 Jahre vor der am 18. 1. 1871 in Versailles erfolgten Gründung des Deutschen Kaiserreiches sprach der katholische Professor Franz Josef von Buß, der im Jahre 1848 Präsident des 1. Deutschen Katholikentages war, im Jahre 1851 von der geplanten Erdrückung des Protestantismus in Preußen und am 18. 1. 1874 prophezeite Papst Pius IX. vor einer großen internationalen Pilgerversammlung den Untergang des neu errichteten Deutschen Reiches.

Nach dem 1. Weltkrieg äußerte Papst Benedikt XV.:

»Luther ist es, der den Krieg verloren hat.«

Hauptsächlich katholische Kreise betrieben nach dem 1. Weltkrieg die Loslösung des Rheinlandes, Bayerns und weiterer Gebiete vom Reich, um einen Rheinbundstaat von Frankreichs Gnaden zu errichten[23]. Bei der Zerstückelung Deutschlands nach dem Ende des 2. Weltkrieges wurde ein deutscher Teilstaat von den drei westlichen Besatzungsmächten (USA, England, Frankreich), nämlich die Bundesrepublik Deutschland, wenn auch größer als der nach dem 1. Weltkrieg angestrebte Rheinbundstaat, geschaffen. Der erste Bundeskanzler dieses westdeutschen Teilstaates, Dr. Konrad Adenauer, war bekanntlich schon ein Verfechter der Rheinbundpolitik von 1919 und Mitbegründer der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) vom 25. 3. 1957 (der sogenannten *»römischen«* Verträge). Da die Zugehörigkeit der Bundesrepublik Deutschland zur EWG (jetzt EG = Europäischen Gemeinschaft) die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands verhindert, ist eine solche Politik verfassungswidrig!

Im November 1959 schrieb die britische Wochenzeitschrift *»The Spectator«* anläßlich des damals bevorstehenden London-Besuchs von Bundeskanzler Dr. Adenauer über die Politik dieses Mannes:

»Die Zukunft Deutschlands, wahrscheinlich für den Rest dieses Jahr-

hunderts, wird von Außenstehenden entschieden werden, und das einzige Volk, das dies nicht weiß, sind die Deutschen. Kanzler Adenauer hat seinem Volk die durchaus irrige Vorstellung beigebracht, daß er allein für dessen glückliche Finanzlage verantwortlich sei. Er hat es ermutigt, Prosperität« (Wohlstand, Wirtschaftsblüte) *»mit der Verfügungsgewalt über sein eigenes Schicksal zu verwechseln.«*[24]

Wir haben zwar keine Veranlassung, von der Sowjetregierung ein Entgegenkommen aus Gründen der Menschlichkeit zu erwarten, denn Politik ist ein »hartes« Geschäft, aber es gibt im politischen Leben der Staaten und Völker immer wieder für die Machthaber Lagen, in denen sie im eigenen Interesse sich zu Zugeständnissen bereit finden müssen. Es ist die Kunst fähiger Politiker, solche Gelegenheiten zum Nutzen ihres Volkes zu ergreifen.

Die Sowjetunion behauptet, von den Westmächten eingekreist zu werden oder bereits zu sein. Wenn das wirklich der Fall ist, so muß sie ein großes Interesse daran haben, im Westen ihres Reiches, insbesondere in Mitteleuropa, einen großen neutralen Block zu haben, der diesen Einkreisungsgürtel unterbricht und ihr an dieser Stelle den Rücken freihält, denn im Osten des sowjetischen Einflußgebietes steht eine wenig durchschaubare Großmacht mit rund einer Milliarde Menschen, nämlich China. Auch muß die Sowjetunion mit einem verstärkten Einfluß des Islams in ihren asiatischen Gebieten rechnen. Bei einem neutralen Block im Westen ihres Reiches braucht sie auch ein Ausbrechen ihrer Satelliten, Polen, Tschechoslowakei, Ungarn und Rumänien, infolge »westlicher Agitation« nicht mehr zu befürchten, denn ein neutraler Block hätte sich jeder Einmischung in die Belange der beiden Großmächte, zwischen denen er eine Pufferzone bildet, zu enthalten, sonst hätte er seine Neutralität gebrochen.

Bei dem Mitgefühl für die Polen, das infolge der einseitigen Berichterstattung durch Presse, Rundfunk und Fernsehen in der jüngst vergangenen Zeit in der Bundesrepublik Deutschland erzeugt wurde, ist anzunehmen, daß manche deutschen Bürger einen solchen Vorschlag mit Entrüstung ablehnen werden, weil er nicht den Polen, sondern den Deutschen die Freiheit bringen soll. Hierzu ist festzustellen: Jedes Volk hat das Recht auf Freiheit und Unabhängigkeit, es ist aber die Pflicht eines jeden Politikers, sich für die Freiheit und Sicherheit seines eigenen Volkes in erster Linie einzusetzen. Wir haben auch keinerlei moralische Verpflichtung, uns für die Polen einzusetzen, deren Staatsführung nach wie vor Un-

rechtshandlungen gegen unser Volk begeht und das Völkerrecht (s. u.) mit Füßen tritt. Es waren auch die Polen, die – ermuntert durch eine von Großbritannien gegebene unhaltbare Sicherheitsgarantie – vor Beginn des 2. Weltkrieges laufend schwerste Gewalttaten und sogar zahlreiche Morde gegen die Volksdeutschen[25] begingen. Der Einmarsch der deutschen Truppen in Polen war deshalb notwendig, um die Volksdeutschen zu retten. Bei der Beurteilung der Lage dürfen wir auch folgendes nicht vergessen: Ostdeutschland ist mit Ausnahme von Nord-Ostpreußen, das unter sowjetischer Verwaltung steht, von Polen besetzt und die Verwaltung dieser Gebiete wurde ihm von der Sowjetunion übertragen. Die Sowjetunion kann jederzeit den Polen die Verwaltung dieser Gebiete entziehen und der Deutschen Demokratischen Republik übertragen.

»Die Nachricht klingt unglaublich, aber sie stimmt: Polen ist in Gefahr, weite Teile der früheren deutschen Ostprovinzen an die DDR zu verlieren. Wie aus zuverlässigen Quellen in Washington verlautete, haben sich Moskau und Ost-Berlin bereits im vergangenen November darauf geeinigt, im Falle einer gemeinsamen Invasion in Polen das oberschlesische Industriegebiet und einen breiten Streifen westlich der Linie Stettin – Kattowitz dem SED-Staat zuzuschlagen.«[26]

Nach diesem Bericht soll die DDR dieses Gebiet als Ausgleich für die bei einer Invasion in Polen zu erwartenden Blutopfer erhalten. In diesem Raum sollen dann die rund 1,8 Millionen Rußlanddeutschen angesiedelt werden.

»Ein Überfall auf Polen, der in Washington immer noch für durchaus möglich gehalten wird, würde demnach eine fast ausschließlich sowjetisch-ostdeutsche Angelegenheit sein. Die territorialen Zugeständnisse an die DDR wären dann ihr Lohn für ihre Loyalität gegenüber Moskau. Und würden vermutlich das Bündnis zwischen diesen beiden Staaten noch weiter zementieren.

Der Westen stünde bei einer solchen Entwicklung vor einem furchtbaren Dilemma« (Zwangslage). *»Er würde ein derart zynisches und grausames Vorgehen gegen Polen zwar scharf verurteilen, aber eine rechtliche Handhabe hätte er nicht. Denn, so ein amerikanischer Osteuropa-Experte zur »Bunte«: ›In Jalta wurde zwar 1945 die polnische Ostgrenze definiert, aber nicht die Westgrenze.‹«*[26]

Warum soll die durch Gewalt erzwungene Rückgabe deutscher Gebiete, die den Polen gar nicht gehören, sondern die die Polen nur verwalten, ein zynisches und grausames Vorgehen gegen Polen sein? Zynisch und

grausam war die mit Billigung der Westmächte und der UdSSR durchgeführte Vertreibung der Deutschen aus diesen Gebieten durch Polen nach dem 2. Weltkrieg! Man soll die Geschichte nicht verdrehen. Im übrigen weiß die Sowjetregierung genau, daß sie in den Deutschen viel zuverlässigere Nachbarn hat als in den Polen, deren Politik schon immer mehr oder weniger im Vatikan gemacht wurde, was den Polen selbst und deren Nachbarn durchaus nicht zum Vorteil gereichte.

Die Rechtslage nach dem jetzt geltenden Völkerrecht

In der Abhandlung »*Völkerrecht und Menschenrechte auch für das deutsche Volk*« von Dr. Hartwig Golf[27] wird auf die an sich sehr günstige Rechtslage Deutschlands nach dem geltenden Völkerrecht hingewiesen. Es heißt dort hinsichtlich der deutschen Ostgebiete:

»*Die Zivilbevölkerung eines im Kriege durch feindliche Truppen besetzten Landes – wie z. B. Ostdeutschland und Sudetenland – darf nicht vertrieben oder nach Beendigung der Kampfhandlungen an ihrer Rückkehr gehindert werden (Art. 49 der IV. Genfer Konvention; Artikel 6 Nürnberger Statut).*

Die Vertreibung ist zum unverjährbaren Verbrechen erklärt, und zwar unabhängig vom Zeitpunkt, an dem es begangen worden ist. Dieser Grundsatz gilt auch rückwirkend (Art. 1 b der UNO-Konvention über die Unverjährbarkeit der Verbrechen gegen die Menschlichkeit von 1968).

Einer Sieger- oder Besatzungsmacht ist es ausdrücklich verboten, eigene Volks- oder Staatsangehörige in das von ihr besetzte fremde Gebiet zu überführen und dort anzusiedeln (Art. 49 der IV. Genfer Konvention, Nürnberger Statut von 1945).

Die jetzt im Gegensatz zu dieser Bestimmung in Ostdeutschland und Sudetenland angesiedelten Russen, Polen und Tschechen befinden sich dort also rechtswidrigerweise. Sie können deshalb dort auf keinen Fall irgendwelche Rechte erwerben, wie z. B. das Heimatrecht.

Durch Krieg, Gewalt oder sonstige einseitige Maßnahmen wird keine Landeroberung oder Annexion mehr rechtswirksam oder legalisiert. Eine normative Kraft der Fakten durch Schaffung vollendeter Tatsachen gibt es also nicht mehr auf diesem Gebiet.

Demnach sind auch Verträge, die diesem Grundsatz widersprechen, in denen also Vereinbarungen über Grenzen enthalten sind, die durch solche Mittel geschaffen worden sind, von vornherein ungültig, auch wenn sie

nach allgemein üblichem Formalrecht abgeschlossen wurden. Das trifft hier vor allem für die Ostverträge zu.

Ein Gebietswechsel von einem Staat zum anderen oder eine Abtretung von Gebiet ist nur noch zulässig oder kann nur dann rechtswirksam werden, wenn die davon betroffene Bevölkerung vorher auf rechtmäßige Art und Weise dieserhalb befragt worden ist und zugestimmt hat. (Allgemein anerkannte und gültige Völkerrechtsgrundsätze)

Das Selbstbestimmungsrecht, das nach 1918, trotz bestehender Abmachung, den Deutschen vorenthalten worden war und dann erstmalig im Münchner Abkommen von 1938 auf friedliche Weise vertraglich zur Wirkung kam, wurde inzwischen zum zwingenden Völkerrecht.«*

Ein weiteres völkerrechtliches Abkommen stärkt noch mehr die rechtliche Stellung des deutschen Volkes; Dr. Golf führt dazu folgendes an:

»*Ein weiterer ausschlaggebender Rechtsgrundsatz, der ganz besonders zur Stützung und Wahrung unserer Rechte auf Ostdeutschland und Sudetenland ins Feld geführt werden kann, wird nun durch das Wiener Vertragsrecht geschaffen.*

*Im Wiener Vertragsrecht von 1969 wurden nämlich die Grundlagen oder Bedingungen vereinbart und festgelegt, die unbedingt vorhanden sein müssen, damit völkerrechtliche Verträge und Abmachungen überhaupt rechtswirksam werden können. Und in Artikel 53 dieses Wiener Vertragsrechts wird nun bestimmt, daß jeder völkerrechtliche Vertrag von vornherein ungültig ist, wenn er bestehenden zwingenden Rechtsgrundsätzen widerspricht**.*

Ein typisches Beispiel für die Möglichkeit der Anwendung dieses neuen Rechtsgrundsatzes im Wiener Vertragsrecht erlebten wir jetzt gerade im Januar 1981 nach Abschluß der Geiselaffäre von Teheran. Da wurde nämlich mit vollem Recht festgestellt, daß von den USA diese Abmachung gegenüber dem Iran nicht eingehalten oder erfüllt zu werden braucht, und zwar unter Bezug auf den Artikel 52 bzw. 53 des Wiener Vertragsrechts.

---

* In dem englisch-französisch-tschechischen Abtretungsvertrag vom 21. 9. 1938 wurde die Übergabe der von Deutschen besiedelten Randgebiete der Tschechoslowakei an das Deutsche Reich festgelegt. Im Münchener Abkommen vom 29. 9. 1938 – einer Ausführungsbestimmung dieses Abtretungsvertrages – wurde dann der Übergabezeitpunkt dieser Gebiete vereinbart.

** Wiener Konvention über das Recht der Verträge vom 23. 5. 1969. (Siehe »Sartorius«, Band II, Internationale Verträge, München 1979, C. H. Becksche Verlagsbuchhandlung Nr. 320ff.)

Die Vereinbarung, die dann zur Freigabe der Geiseln führte, war nämlich unter Zwang erfolgt, und die Geiselnahme selbst war ebenfalls völkerrechtswidrig; hierdurch entfällt die vereinbarte vertragliche Verpflichtung für die USA . . .

Durch das Wiener Vertragsrecht kann jetzt sogar das Versailler Diktat angefochten werden, der sogenannte Friedensvertrag von Versailles oder auch der von St. Germain« (Vertrag der Alliierten mit Österreich), *»weil auch diese Verträge im Jahre 1919 nur unter der Androhung der Aufrechterhaltung der Hungerblockade gegen Deutschland und anderer Gewaltmaßnahmen zur Annahme gebracht wurden. –*

Auf jeden Fall widersprechen jedoch die Ostverträge von 1970 in mehreren Punkten dieser zwingenden Rechtsnorm des Wiener Vertragsrechts. Schon alleine aus diesem Grunde sind diese Verträge also von vornherein ungültig und rechtsunwirksam.«

Im Herbst 1938 bei der Angliederung des Sudetenlandes an das Deutsche Reich und im Frühjahr 1939 bei der Rückgabe des Memellandes durch Litauen wurde das Selbstbestimmungsrecht der Völker durchgesetzt.

Warum soll das Selbstbestimmungsrecht der Völker im Hinblick auf die 1945 geraubten deutschen Gebiete und im Hinblick auf eine Revision des Versailler Vertrages und des Vertrages von St. Germain nicht ebenfalls gewaltlos durchgesetzt werden können, insbesondere im Hinblick auf einen inneren Frieden in Europa?

Alle Staaten, die seit 1918 unrechtmäßig deutsches Gebiet in Besitz haben (darunter fallen z. B. Frankreich mit Elsaß-Lothringen, Belgien mit Eupen-Malmedy, Italien mit Südtirol und Jugoslawien mit der Südsteiermark), müssen sich sagen lassen, daß sie laufend gegen das geltende Völkerrecht verstoßen, weil sie diese deutschen Gebiete nicht zurückgeben. Sie sind nach dem geltenden Völkerrecht unrechtmäßige Besitzer dieser deutschen Gebiete.

Die ostdeutsche Bevölkerung kann auch nicht auf ihre Rechte verzichten. In dem oben erwähnten Aufsatz wird auf folgendes hingewiesen:

»Die IV. Genfer Konvention von 1949 bestimmt dazu zusätzlich in Artikel 8, daß die ›geschützten Personen‹, in diesem Falle also die Zivilbevölkerung der von fremden Truppen besetzten Gebiete, in keinem Falle auf ihre Rechte aus dieser Konvention verzichten können. Wenn also ein Herr Philipp von Bismarck, wie nach Zeitungsmeldungen tatsächlich geschehen, um des lieben Friedens willen den Polen gegenüber auf seine

Güter in Pommern öffentlich verzichtet, ist das ungültig und rechtlich unwirksam. Jeder seiner Erben kann diesen Verzicht durch Geltendmachung seines Anspruchs aufheben und unwirksam machen.

Herr von Bismarck konnte also nur zugunsten seiner Erben verzichten, aber nie zugunsten der Besatzungsmacht.

Überhaupt muß hervorgehoben werden, daß ein Verzicht auf Rechte aus dem humanitären Völkerrecht unzulässig ist. Und zum humanitären Völkerrecht gehören vor allem die Haager Landkriegsordnung und die IV. Genfer Konvention.«

Die für Deutschland an sich so günstige Rechtslage wird nicht nur von den Siegermächten, sondern auch *von den deutschen Bundesregierungen und den Bundestagsparteien totgeschwiegen*!

Dr. Golf bemerkt hierzu:

»Es handelt sich hier auf dem Gebiet des Völkerrechts also offenbar um ein ähnliches Problem, wie wir es heute auch mit Geschichtswissenschaft und vor allem mit der Zeitgeschichte erleben. Dort wird ja von den meisten Historikern auch nur mehr oder weniger das gebracht, was der offiziellen Lehrmeinung gemäß der alliierten Kriegsschuld- und Greuelpropaganda gegen Deutschland entspricht. Die zahlreichen wohlbegründeten Gegendarstellungen namhafter ausländischer und deutscher Geschichtswissenschaftler dagegen werden von Parteipolitikern und Massenmedien wie von der offiziell anerkannten Geschichtslehre einfach totgeschwiegen oder sogar mit polizeilichen Maßnahmen bedroht.

Nur ist es im Völkerrecht gegenüber der Geschichte insofern günstiger, als es sich hier vor allem um allgemein anerkannte internationale Verträge handelt, die von uns für Deutschland in Anspruch genommen werden. Und es wird deshalb in der Bundesrepublik und im westlichen Ausland kaum möglich sein, z.B. die Haager Landkriegsordnung, die IV. Genfer Konvention oder das Wiener Vertragsrecht zu verbieten oder auf den Index zu setzen und als jugendgefährdend zu erklären, wie es u.a. mit den Büchern von Udo Walendy und Dr. Wilhelm Stäglich geschehen ist.«

Das Totschweigen dieser für Deutschland so günstigen Rechtslage ist auch eine Folge der amerikanischen Umerziehung (Reeducation), der das deutsche Volk in der Bundesrepublik Deutschland seit 1945 unterworfen wurde!

Der Frieden in Europa wird niemals durch deutsche Revisionsforderungen gestört, sondern durch diejenigen Politiker, die am Unrecht festhalten. Dr. Golf hat recht, wenn er dazu schreibt:

»Und wenn z. B. die Vertreibung der Zivilbevölkerung eines besiegten oder besetzten Gebietes ausdrücklich verboten ist, und zwar unabhängig vom Zeitpunkt, an dem sie begangen wurde, ebenso wie die Ansiedlung von Staats- oder Volksangehörigen der Besatzungsmacht, dann kann von keiner Versöhnung, geschweige denn von einem friedlichen Zusammenleben der Völker die Rede sein, bevor nicht diese Völkerrechtsbrüche rückgängig gemacht worden sind. In diesem Falle bedeutet das die Rückgabe der Vertreibungsgebiete an ihre rechtmäßigen Eigentümer. Erst dann kann von Versöhnung und Völkerverständigung gesprochen werden. Alles andere ist Heuchelei und Irreführung der Völker und dient nicht dem Frieden.«

In einer Unterredung, die der Gründer der »*Gemeinschaft ostdeutscher und sudetendeutscher Grundeigentümer und Geschädigter*« (GOG), Dr. Günter Hoffmann-Günther aus Liegnitz, mit dem stellvertretenden polnischen Außenminister Winiewicz anläßlich eines Besuches desselben in Bonn hatte, sagte der Pole, nachdem Dr. Hoffmann die völkerrechtlichen Vorstellungen der »*Notverwaltung*« dargelegt hatte:

»Natürlich haben Sie recht, Herr Dr. Hoffmann – aber Gott sei Dank gibt es ihrer nicht viele.«

Nach diesem Eingeständnis des stellvertretenden polnischen Außenministers weiß die polnische Regierung sehr genau, daß sie zu Unrecht die deutschen Ostgebiete besitzt, also keinen begründeten Rechtsanspruch auf diese Gebiete in irgendeiner Weise erheben kann und daß die ganzen Ostverträge völkerrechtlich null und nichtig sind.

Warum wurde bisher das deutsche Volk über die sehr günstige völkerrechtliche Lage insbesondere hinsichtlich unserer Ostgebiete von den bisherigen Bundesregierungen nicht entsprechend aufgeklärt? Volksaufklärung über die rechtliche Lage ist aber Pflicht der Staatsführung; dieser Pflicht sind die bisherigen Bundesregierungen *nicht* nachgekommen! Wer als Staatsführer das eigene Volk über eine völkerrechtlich gute Lage im unklaren läßt, macht sich letztlich einer bewußten Täuschung schuldig und handelt damit, ob er es wahrhaben will oder nicht, im Sinne der Feinde des eigenen Volkes!

Über die sogenannte Entspannungspolitik schreibt Dr. Golf:

»Die sogenannte Politik der Entspannung, mit dem praktischen Verzicht auf die Inanspruchnahme und Verwirklichung des geltenden Völkerrechts und dem ständigen Bestreben der Aufrechterhaltung des Gleichgewichts der Stärke zwischen Ost und West, das nur ein Gleichgewicht des

Schreckens bedeutet und das eine tödliche atomare Bedrohung Deutschlands und Europas darstellt, ist also nie und nimmer Friedenspolitik. Im Gegenteil, sie stellt den Tatbestand der Vorbereitung eines Angriffskrieges dar. Denn alles ist ja darauf abgestellt, dem Gegner auf jeden Fall zumindest um einige Sekunden zuvorzukommen; dabei wird in Kauf genommen, ganz Europa zu vernichten.«*

Warum fordern die deutschen Politiker und die Abgeordneten der Volksvertretungen nicht die Herstellung der nach dem geltenden Völkerrecht Deutschland zustehenden Grenzen?

Es ist verständlich, daß Verhandlungen mit der Sowjetunion zur Wiederherstellung eines neutralen deutschen Blockes, der deutschen Reichseinheit, die ja letztlich die Rückgabe der hauptsächlich von Polen verwalteten deutschen Ostgebiete miteinschließt, keine Gegenliebe bei unseren westlichen Nachbarn, insbesondere nicht bei Frankreich, finden werden, denn die französische Politik ist ja schon immer, siehe unten, auf ein zerstückeltes und damit politisch schwaches Deutsches Reich ausgerichtet. Außerdem fürchtet natürlich jede französische Regierung, die von Deutschen bewohnten französischen Ostprovinzen (Elsaß-Lothringen), diese im Laufe von mehreren Jahrhunderten dem Deutschen Reiche geraubten Gebiete, wieder an ein vereinigtes Deutschland zu verlieren. Die französische Politik entspricht gegenüber ihren fremdvölkischen Minderheiten eben nicht dem Selbstbestimmungsrecht der Völker, sonst müßten sich die französischen Regierungen keine solchen Sorgen machen!

Am 31. 8. 1939, einen Tag vor Beginn des deutsch-polnischen Krieges, verkündete der Freimaurer Charles Maurras in »*Action Francaise*«:

»*Die Ursache des Krieges ist die deutsche Einheit. Die deutsche Einheit ist der Feind. Wenn die deutsche Einheit zerbricht, erreicht man das Wesentliche, und der ganze Rest – Gleichgewicht, Völkerrecht, Sicherheit der Grenzen – kommt dann von selbst . . .*«

Charles Maurras fordert dann, Deutschland zu zerstückeln und »*diesem zerstückelten Deutschland gegenüber ständig Interventionsmöglichkeiten offenzuhalten, d. h. das Rheinland auf ewig zu besetzen . . .*« Kurz

---

* »*Vorbereitung eines Angriffskrieges*« war übrigens der Hauptanklagepunkt, auf Grund dessen die Siegermächte von 1945 noch heute, 36 Jahre nach Einstellung der Feindseligkeiten, Rudolf Heß in Gefangenschaft halten, und zwar nur deshalb, weil er im Jahre 1935 das Gesetz zur Wiedereinführung der Wehrpflicht mitunterzeichnet hat. Und das, obwohl damals bei allen größeren Nachbarstaaten Deutschlands Wehrpflicht als ganz selbstverständlich bestand.

gesagt: Frankreich soll sich weitere deutsche Gebiete einverleiben; die deutsche Einheit war der ganzen französischen Eroberungspolitik seit rund 1000 Jahren ein Dorn im Auge, wie der bekannte französische Historiker Jacques Bainville in seinem im Jahre 1915 erschienenen Buch »*Histoire de deux peuples*« (Geschichte zweier Völker) offen zugibt.[28]

Die französische Integrationspolitik gegenüber den von Frankreich einverleibten fremden Volksteilen, den Katalanen, Korsen, Basken, Bretonen, Flamen und Elsaß-Lothringern, war und ist genauso ein »*kalter*« Völkermord wie jede Integrationspolitik gegenüber ausländischen Arbeitskräften. Die französischen Regierungen zwangen und zwingen diesen fremden Volksteilen eine fremde Sprache (Französisch) als »*Muttersprache*« auf und entwurzeln so diese Menschen. Die Folge ist davon unter anderem , daß solche entwurzelten Menschen deutscher Abstammung oftmals direkt zu Deutschenhassern wurden und werden. Da die Muttersprache die wichtigste Brücke vom Bewußtsein eines Menschen zum seelischen Erbgut im Unterbewußtsein ist, wird durch die Annahme einer fremden Sprache als »*Muttersprache*« diese Brücke zerstört, ja es stellt sich dann das Bewußtsein mit der fremden Sprache gegen das eigene seelische Erbgut und damit gegen die eigenen Volksgeschwister, die das gleiche seelische Erbgut aufweisen.

Der deutsche Teilstaat Österreich hat im Jahre 1955 bekanntlich das Angebot der Neutralität von seiten der Sowjetunion angenommen, konnte sich dadurch von allen Besatzungstruppen befreien und ist heutzutage der *einzige* freie Teil des Deutschen Reiches, das ja völkerrechtlich in seinen Grenzen vom 31. 8. 1939 nach wie vor besteht. Die Grenzen des Deutschen Reiches vom 31. 12. 1937 sind willkürlich von den Siegermächten festgelegt worden und daher völkerrechtlich unwirksam!

Diese völkerrechtlich gültigen Grenzen Deutschlands werden von den Massenmedien totgeschwiegen; insbesondere das deutsche Fernsehen handelt durch das tägliche Zeigen der Oder-Neiße-Linie als deutscher Ostgrenze und durch das Nichtausweisen der sudetendeutschen Gebiete (einschließlich der südböhmischen und südmährischen) gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker und auch gegen das deutsche Verfassungsrecht und damit gegen die Belange des deutschen Volkes, des eigenen Volkes. Es unterstützt also das Unrecht und begeht damit Verrat am eigenen Volk! Das ist das äußere Zeichen dafür, daß die Massenmedien letztlich von Leuten geleitet werden, die kein Interesse an der Wiederherstellung der deutschen Reichseinheit haben und ein unabhängiges neutra-

les Deutschland mit eigener Wehrmacht, die nur seiner Selbstverteidigung dient und keine Atomwaffen besitzt, ablehnen. Den dafür verantwortlichen Journalisten kann ein solches Verhalten, vor allem das Zeigen rechtlich falscher Deutschlandkarten in der Öffentlichkeit, nicht nur als verfassungswidrig, sondern sogar als Hochverrat ausgelegt werden!

Wissen die Politiker und Journalisten, die *»um des lieben Friedens willen«* oder *»als Sühne für die von Deutschen begangenen Verbrechen«* auf alte deutsche Gebiete verzichten, nicht, daß sie von allen rechtlich denkenden Menschen auf der Welt und besonders auch von den Feindmächten, deren Wohlwollen sie mit einer solchen Verzichtspolitik erkaufen wollen, wegen ihres Verrates verachtet werden? Schon immer gilt der Satz: Man liebt den Verrat und verachtet den Verräter! Und Menschen, die verachtet werden, dürfen in der Politik mit keinem Entgegenkommen der anderen Seite rechnen. Geachtet wird nur, wer zu seinem Volk steht und kein Stück seines Landes preisgibt, denn die Feindmächte denken im übrigen auch nicht daran, wegen der von ihnen an uns oder an anderen Völkern begangenen Verbrechen auf irgend etwas zu verzichten oder Wiedergutmachung zu leisten. Für die Feindmächte und die anderen Völker gilt hinsichtlich der im Krieg begangenen Verbrechen der Grundsatz der *»Tabula rasa«*. Dieser bedeutet, daß nach Beendigung eines Krieges *»reiner Tisch«* gemacht wird, d.h. daß von allen teilnehmenden Staaten keine Handlungen, die während des Krieges sich ereignet haben, mehr strafrechtlich verfolgt werden, um so wirklich Ruhe und Frieden herzustellen (Generalamnestie). Und dieses *»Tabula-rasa-Prinzip«* hat auch für das deutsche Volk zu gelten[29]!

Schlußbetrachtung

Die Durchsetzung der Neutralität für einen gesamtdeutschen Staat hätte zur Folge, daß sämtliche fremden Truppen genauso wie im Jahre 1955 bei Österreich aus der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik, Ostdeutschland und Sudetenland abziehen müßten. Damit würden diese Gebiete endlich auch von allen ABC-Waffen frei, die allein schon durch ihre Anwesenheit eine große Gefahr für unser Volk darstellen.

Noch ein Wort zu den Gegnern einer Neutralität Deutschlands: Unter den Gegnern einer deutschen Neutralität und einer Wiederherstellung der

deutschen Reichseinheit sind hauptsächlich folgende Mächtegruppen und die in deren Sinne handelnden Politiker zu finden:

1. Die römisch-katholische Kirche.

Die politische Einstellung der Romkirche zeigt sich im Aufstacheln des polnischen Chauvinismus gegen Deutschland und in der gleichzeitig propagierten Verzichtsbereitschaft in Deutschland, dann vornehmlich im Verhalten der christlichen Parteien der Bundesrepublik Deutschland zu dieser Frage.

Die Führer dieser Parteien treten für ein enges Bündnis Westdeutschlands mit den Vereinigten Staaten von Amerika ein, was jede Politik einer Wiederherstellung der Einheit Deutschlands ausschließt und die Bundesrepublik ganz offen dem Machtbereich der USA unterstellt. Damit handeln diese Politiker eindeutig verfassungswidrig, denn in dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts – Zweiter Senat – vom 31. 7. 1973 – 2 BvF 1/73 – heißt es ausdrücklich in den Leitsätzen:

»Dem Vorspruch des Grundgesetzes kommt nicht nur politische Bedeutung zu, er hat auch rechtlichen Gehalt. Die Wiedervereinigung ist ein verfassungsrechtliches Gebot . . .

Aus dem Wiedervereinigungsgebot folgt zunächst: Kein Verfassungsorgan der Bundesrepublik Deutschland darf die Wiederherstellung der staatlichen Einheit als politisches Ziel aufgeben, alle Verfassungsorgane sind verpflichtet, in ihrer Politik auf die Erreichung dieses Zieles hinzuwirken – das schließt die Forderung ein, den Wiedervereinigungsanspruch im Innern wachzuhalten und nach Außen beharrlich zu vertreten – und alles zu unterlassen, was die Wiedervereinigung vereiteln würde . . .«

2. Genauso wenig wie die Romkirche haben die Vertreter der »Einen Welt« oder einer Weltrepublik das geringste Interesse an einem wiedervereinigten Deutschen Reich.

Die Errichtung einer Weltrepublik ist ein altes Ziel der Freimaurerei.

Die gewaltsame Errichtung einer Weltrepublik oder die vorsätzliche Herstellung einer Weltgesellschaft steht aber im Gegensatz zum Selbstbestimmungsrecht der Völker, nach dem jedem Volk das Recht zusteht, sich eine Regierung und eine Staatsform nach seinen Vorstellungen zu wählen und sein Leben nach seinem Gutdünken zu gestalten. Eine Weltgesellschaft oder eine Weltrepublik verhindert aber eine solche Selbstbestimmung oder Selbstregierung der Völker! Eine erste Vorstufe zur Weltrepublik stellt der Zusammenschluß von Staaten zu Wirtschaftsgemeinschaften dar. Durch wirtschaftliche Maßnahmen, etwa durch den Zusammen-

schluß von völlig verschiedenartigen Volkswirtschaften zu einer Gemeinschaft wie der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) bzw. der Europäischen Gemeinschaft (EG), werden die einzelnen Volkswirtschaften entsprechend geschädigt (siehe z. B. die Agrarwirtschaften). Durch diese Wirtschaftsgemeinschaften soll der politische Zusammenschluß der beteiligten Staaten vorbereitet werden, für die westeuropäischen zu einem Paneuropa. Und dieses Machtgebilde *»Paneuropa«* (oder Europäische Union) ist auch nur wieder eine Vorstufe oder ein Glied in der Kette zu einer Weltregierung.

Durch alle möglichen *»Propagandamärchen«* sollen die Völker reif gemacht werden für solche Wirtschaftszusammenschlüsse, obwohl sie den einzelnen Völkern, und hier im Falle der Europäischen Gemeinschaft besonders dem westdeutschen Volksteil, auf die Dauer keine Vorteile bringen – man denke nur an die Milliardenbeträge, die jährlich für den riesigen Verwaltungsapparat der EG in Brüssel und für die Vernichtung überschüssiger Lebensmittel aufgebracht werden müssen. Für die Deutsche Demokratische Republik gilt hier sinngemäß das gleiche wie für die Bundesrepublik Deutschland, denn jene ist im Ostblock der dortigen Wirtschaftsgemeinschaft (COMECON) angeschlossen.

Das Ganze ist nichts anderes als ein Riesenbetrug an den einzelnen Völkern. Ein Verbleiben der Bundesrepublik Deutschland in der Europäischen Gemeinschaft verhindert in jedem Fall die deutsche Einheit und Neutralität!

Der Gründer der paneuropäischen Bewegung, der 1972 gestorbene katholische Freimaurer hohen Grades*, Graf Coudenhove-Kalergi, schwärmte von einer *»eurasisch-negroiden Zukunftsrasse«*, also einer totalen Völkervermischung, obwohl er genau wußte, welche Nachteile eine planmäßig geförderte oder angestrebte Vermischung von Völkern mit sich bringt:

»Die Folge ist, daß Mischlinge vielfach Charakterlosigkeit, Hemmungslosigkeit, Willensschwäche, Unbeständigkeit, Pietätlosigkeit und Treulosigkeit mit Objektivität« (Sachlichkeit), *»Vielseitigkeit, geistiger Regsamkeit, Freiheit von Vorurteilen und Weite des Horizontes verbinden . . .«*[30]

Diese Aussagen von Coudenhove-Kalergi findet man vor allem in den

---

* Die Hochgrade der Freimaurerei als einer Weltanschauungsgemeinschaft haben innerhalb der Freimaurerei eine ähnliche Stellung wie die Bischöfe in der katholischen Kirche. Die unteren Grade der Freimaurerei (1.–3. Grad) sind *»unwissend«* (nicht eingeweiht) und kennen nicht die Ziele der Hochgrade.

sogenannten Weltstädten mit ihrer Mischbevölkerung und ihrer riesigen Kriminalität bestätigt.

Eine Völkervermischung schafft wurzellose Menschen, die zu keinem Volk mehr gehören, die innerlich hin- und hergerissen werden und die keine Heimat mehr haben, die ihnen Geborgenheit bietet. Nur ein Sichbesinnen auf die eigene Identität, die eigene Art, erhält die einzelnen Völker am Leben; die Menschen jeden Volkes haben in ihrem Inneren (im Selbsterhaltungswillen der Volksseele) selbst den besten Verbündeten im Kampf um die Erhaltung ihres Volkes. Eine Ansammlung von wurzellosen und damit heimatlosen Menschen wird zum Spielball überstaatlicher Mächtegruppen, denn hier fehlt die helfende Kraft der Volksseele. Nicht umsonst werden alle die Staaten, deren Bevölkerung aus Mischlingen der verschiedensten Rassen besteht, fast unaufhörlich von Revolutionen aller Art erschüttert (z. B. die mittel- und südamerikanischen Staaten).

Die Volksseele, die Kraftquelle der Völker, die die Eigenart der einzelnen Völker – ihre Identität – erhalten will, kann man nur durch eine Völkervermischung großen Stils auf die Dauer ausschalten. Unter diesem Gesichtspunkt muß man einmal die ganze Ausländer- und Asylantenpolitik der Bundesrepublik Deutschland und weiterer europäischer Staaten betrachten.

Jede absichtliche Einschmelzung oder *»Integration«* von fremden Volksteilen in das Staatsvolk, ja jeder Versuch in dieser Richtung, ist ein Verstoß gegen die Konvention zur Verhütung und Bestrafung des Völkermords vom 9. 12. 1948, die in der Bundesrepublik in dem § 220a (Völkermord) des Strafgesetzbuchs ihren Niederschlag gefunden hat[31].

Die bisherige Ausländerpolitik der Bundesregierung ist auch verfassungswidrig, denn sie ermöglicht es, daß Westdeutschland immer mehr von Ausländern überflutet und damit überfremdet wird. Mit der planmäßigen Überfremdung der Bundesrepublik sollen offensichtlich vollendete Tatsachen geschaffen werden, damit eine Wiederherstellung der Einheit Deutschlands eines Tages nicht mehr möglich ist. Die dann noch deutsche Bevölkerung Mitteldeutschlands wird dann kaum mehr daran interessiert sein, sich mit einer völlig überfremdeten Bundesrepublik zusammenzuschließen.

Diesem Ziel einer weltweiten Völkervermischung, die praktisch die Voraussetzung zur Errichtung einer Weltrepublik ist, dient auch schon seit Jahren die in Westdeutschland gezüchtete Kinderfeindlichkeit, vor allem auch die Propaganda, daß nur die berufstätige Frau sich *»selbst*

verwirklichen« kann, was einer indirekten Herabsetzung des von der Natur aus für die Frau vorgesehenen Berufes der Hausfrau, Mutter und damit Erzieherin des kommenden Geschlechtes gleichkommt. Die Folgen solcher Machenschaften sind der starke Geburtenschwund in der Bundesrepublik Deutschland. Hinzu kommt die übertrieben liberal und antiautoritär erzogene Jugend mit der sich daraus ergebenden allgemeinen sittlichen Verwahrlosung und Kriminalität. Unverblümt sprechen heute schon Türken aus:

»Wir haben mehr Kinder als ihr. Wenn wir einmal die Mehrheit im Lande bilden, gehört es uns, und dann können wir machen, was wir wollen.«[32]

Nach der in München herausgegebenen *»Zeitschrift von Muslimen in Deutschland«*, *»Al Islam«*, rechnen die Moslems damit, daß Europa in den nächsten Jahrzehnten islamisch werden wird. Die Zeitschrift verweist auch darauf, daß Muslime *»sehr fruchtbar«* seien[33].

Die Ziele der Islam-Priester sind klar und eindeutig: Eroberung Europas hauptsächlich durch Türkeneinwanderung in das Herz Europas (Deutschland) und Missionierung. Damit hätten die Islam-Priester ohne Blutvergießen das erreicht, was ihnen auf militärischem Gebiet vor genau drei Jahrhunderten, nämlich im Jahre 1683, versagt blieb, als sie vergeblich Wien und mit ihm das Abendland zu erobern versuchten. Deutschland, und zwar ein vereinigtes, unabhängiges oder neutrales Deutschland, muß wieder ein Hort des Friedens werden, wie es das kaiserliche Deutschland 1871 bis 1914 war.

Dieses kaiserliche Deutschland stand den Verfechtern einer Weltrepublik im Weg; beim großen Freimaurerkongreß am 16./17. 7. 1889 in Paris wurde der Sturz der Monarchien Europas beschlossen, als Ziel die Weltrepublik verkündet[34]. Das bedeutete aber die Entfesselung eines Weltkrieges, der dann auch im August 1914 ausbrach und zum Sturz der Monarchien in Rußland (1917) und in Deutschland und Österreich-Ungarn (1918) führte. Unmittelbar nach dem Waffenstillstand im November 1918 sagte der damals sehr bekannte jüdisch-deutsche Wirtschaftsführer und Politiker, Walther Rathenau, den nächsten Weltkrieg *»trotz Völkerpolizei«* voraus. Einen Weltkrieg kann man aber nur voraussagen, wenn man die Pläne der *»Eingeweihten«* oder maßgeblichen Machthaber für die Zukunft kennt.

Und welche Kreise sprechen heutzutage von einem 3. Weltkrieg oder einem sogenannten *»begrenzten«* Krieg in Europa (s. o.)?!

Ein drohender Krieg in Europa muß durch entsprechende Aufklärung der Völker *»zerredet«* werden, denn ein zerredeter, also bekanntgemachter Plan darf nach dem Glauben der *»Eingeweihten«* nicht mehr durchgeführt werden. Die an einem solchen *»Stellvertreterkrieg«* beteiligten Völker und Staaten dürfen nur bluten, während die Rüstungsindustrie und Hochfinanz daran verdienen.

Der Frieden in Europa kann nur durch ein Auseinanderrücken der beiden Supermächte erreicht werden Hand in Hand mit der Durchführung des Selbstbestimmungsrechts für die europäischen Völker. Hieraus ergäbe sich die Unabhängigkeit und Neutralität Deutschlands.

Einem neutralen, wiedervereinigten Gesamtdeutschland würden sich vermutlich die nordischen Staaten Dänemark, Norwegen und Schweden und im Westen Holland und Belgien anschließen. Es ist dabei gut möglich, daß der künstlich errichtete belgische Staat dann in seine volkstumsmäßig verschiedenen Bestandteile zerfällt, nämlich in einen flämischen, wallonischen und einen kleinen deutschen Teil. In Wallonien sind Bestrebungen im Gange, sich vom belgischen Staat zu lösen und eine Anlehnung an Frankreich zu suchen[35]. Im Sinne des Selbstbestimmungsrechtes der Völker würden sich dann vermutlich die Flamen mit den stammverwandten Holländern zusammenschließen, und der deutsche Teil (Eupen-Malmedy und Moresnet), den Deutschland 1919 an Belgien abtreten mußte, könnte wieder mit Deutschland vereinigt werden.

Schon ein neutrales Gesamtdeutschland, noch mehr ein neutraler bewaffneter Block in Mitteleuropa würde die beiden Supermächte trennen und so die Gefahr eines europäischen Krieges oder Weltkrieges wesentlich verringern. Keine der beiden Mächte würde durch die deutsche Einheit einen Machtverlust gegenüber der anderen Großmacht erleiden. Ein Angriff gegen Deutschland durch eine der beiden Großmächte würde sofort die andere Großmacht auf den Plan rufen, da jede daran interessiert ist, das militärische Gleichgewicht aufrechtzuerhalten. Die Einheit Deutschlands muß von allen deutschen Politikern angestrebt werden – das Grundgesetz verpflichtet die westdeutschen Politiker dazu –, auch wenn es manchem aussichtslos erscheint, denn die Politik ist einem steten Wechsel unterworfen und es gilt hierbei, *jede* Gelegenheit zu nutzen, die einen Schritt zur Volkseinheit weiterführt.

Ein neutrales Deutschland oder auch ein neutraler Block in Europa würde nicht nur den europäischen Völkern und den Völkern der Sowjetunion, sondern auch der Bevölkerung der USA nützen; mit der damit

bewirkten geringeren Bedrohung würde endlich auch der Teufelskreis des sich ständig steigernden Wettrüstens mit Atomwaffen durchbrochen.

Anmerkungen

[1] R. N. Coudenhove-Kalergi, Praktischer Idealismus, 1925, Seite 125.
[2] Welt am Sonntag, Nr. 52, 27. 12. 1981, Seite 9.
[3] Bulletin Nr. 42, 12. 5. 1982, Seite 345 ff.
[4] Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6. 11. 1982.
[5] Walter Büttner, Verschwörung gegen Deutschland, Verlag Hohe Warte Franz v. Bebenburg, 1952, Seite 56/57.
[6] »Biologische Zukunft« der Gesamtdeutschen Arbeitsgemeinschaft, 2/3–1975.
[7] Stuttgarter Nachrichten, 9. 10. 1981.
[8] Stuttgarter Nachrichten, 20. 10. 1981.
[9] Stuttgarter Nachrichten, 21. 10. 1981.
[10] wie 8.
[11] Unabhängige Nachrichten, 8/1981.
[12] Die Grünen, 10. 10. 1981.
[13] Der Spiegel, 17. 8. 1981, Seite 23.
[14] Neue Württembergische Zeitung, 26. 7. 1961.
[15] H. J. v. Lohausen, Strategien des Überlebens, 1981, Seite 47.
[16] C. B. Dall, Amerikas Kriegspolitik, Grabert-Verlag, Tübingen 1972, Seite 99.
[17] Walther Rathenau, Briefe, Erster Band, 1930, Seite 44.
[18] Sonntag aktuell, 12. 12. 1982.
[19] Stuttgarter Nachrichten, 14. 12. 1982.
[20] Sonntag aktuell, 4. 4. 1982.
[21] Arthur M. Schlesinger: Die tausend Tage Kennedys, Scherz-Verlag Bern, München, Wien, 1965, Seite 376.
[22] Newsweek, 30. 8. 1954.
[23] Gerhard Müller, Überstaatliche Machtpolitik im XX. Jahrhundert, Verlag Hohe Warte, Franz v. Bebenburg KG, Seite 95 ff., 312.
[24] Remszeitung, 16. 11. 1959.
[25] Siehe z. B. Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges – Auswärtiges Amt 1939 Nr. 2.
[26] Bunte, Nr. 9, 25. 2. 1982.
[27] Anzeiger der Notverwaltung des Deutschen Ostens, Sonderdruck 15-10M 1981.
[28] wie 23, »Frankreichs Kriegsziele«, Seite 133 ff.
[29] wie 23, Seite 173 ff.
[30] wie 1, Seite 20/21.
[31] W. Seeger, Ausländer-Integration ist Völkermord, Verlag Hohe Warte Franz v. Bebenburg KG.
[32] Neue Anthropologie, 1/1982, Seite 11.
[33] Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6. 11. 1982.
[34] Mecklenburgisches Logenblatt, 47./48. Jahrgang, 1919/20; wie 23, Seite 41.
[35] Die Welt, 5. 3. 1982.

Die Deutschlandkarte

Das Grundgesetz als provisorische Verfassung Westdeutschlands geht von dem Fortbestand des Deutschen Reiches aus. Das wird u. a. bestätigt durch die gemeinsame Erklärung der Bundesregierung, des Bundestages und des Bundesrates vom 13. 6. 1950 als Entgegnung zum Görlitzer Vertrag zwischen der DDR und Polen und durch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes.

Nach dieser ist es verboten, daß die Bundesrepublik auf einen Rechtstitel aus dem Grundgesetz verzichtet, mit dem sie auf Verwirklichung der Wiedervereinigung und Selbstbestimmung wirken kann oder daß sie einen Rechtstitel schafft, der mit dem Grundgesetz unvereinbar ist und der Bundesrepublik bei ihrem Streben nach Wiedervereinigung entgegengehalten werden kann.

Deutschlandkarten, die von amtlichen Stellen herausgegeben oder verwandt werden und die Grenzen zeigen, in denen verfassungsrechtlich und völkerrechtlich deutsche Gebiete fremden Staaten zugeordnet werden, schaffen einen derartigen Rechtstitel, der der Bundesrepublik bei ihrem Streben nach Wiedervereinigung entgegengehalten werden kann. Sie stellen somit grobe Verstöße gegen das Grundgesetz dar. Jeder dafür verantwortliche Beamte, Journalist, Verleger usw. muß damit rechnen, hierfür einmal zur Verantwortung gezogen zu werden.

Dabei ist davon auszugehen, daß nach deutschem Verfassungsrecht und dem auch schon im Jahre 1945 geltenden Völkerrecht bis zum Abschluß eines Friedensvertrages zwischen den Siegermächten und einer gesamtdeutschen Regierung, alle diejenigen Gebiete zu Deutschland gehören, die auch bei Beginn des Krieges, also am 1. 9. 1939 zum Deutschen Reich gehörten.*)

Nach der Berliner Erklärung vom 5. 6. 1945 betrachteten die Alliierten nur die Gebiete innerhalb der Grenzen vom 31. 12. 1937 zu Deutschland gehörig. Dieser Auffassung schlossen sich auch die Bonner Parteien an und die von diesen getragenen Bundesregierungen. Indem sich die Bonner Parteien und ihre Bundesregierungen dieser Auffassung der Siegermächte fügten, beteiligten sie sich schon an der Schaffung von Rechtstiteln, die der Bundesrepublik bei ihrem Streben nach Wiedervereinigung entgegengehalten werden können.

Karten, die noch nicht einmal Deutschland in den Grenzen von 1937 ausweisen, sondern Ostdeutschland der Sowjetunion und Polen zuordnen und die Zonengrenze an Elbe und Werra als Auslandsgrenze zeigen, widersprechen aber sogar der von den Siegermächten selbst eingenommenen Auffassung des rechtlichen Fortbestandes des Deutschen Reichs. Beamte oder sonstige Bedienstete des Öffentlichen Dienstes, die solche Karten im Dienstgebrauch oder in der Öffentlichkeit verwenden oder gar herausgeben, könnten also selbst unter fortbestehendem Besatzungsrecht zur Verantwortung gezogen werden.

Bei der derzeitigen Einstellung der Bonner Parteien ist nicht zu erwarten, daß die Bundesregierung oder die Regierungen der westdeutschen Länder etwas unternehmen, um die Herausgabe oder Verwendung von Deutschlandkarten zu verhindern, die rechtlich falsche Grenzen zeigen und damit Rechtstitel gegen Deutschland schaffen.

Es sollte deshalb jeder Interessierte in jedem einzelnen Falle die dafür verantwortlichen Beamten, Journalisten, Verleger usw. auf die hier bestehende Rechtslage hinweisen. Dabei wäre den Betreffenden klarzumachen, daß sie durch ihr Verhalten offensichtlich im Gegensatz zum Grundgesetz handeln und zur diesbezüglich als Leitsatz zu befolgenden Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes.

*) Anmerkung: Dem steht nicht entgegen, daß von einer gesamtdeutschen Regierung zu gegebener Zeit mit gutem Recht auch weitere Gebiete als deutsch beansprucht werden können, die darüber hinausgehen, und zwar aufgrund des inzwischen zum zwingenden Völkerrechtsgrundsatz gewordenen Selbstbestimmungsrechtes bzw. nach dem Wiener Vertragsrecht von 1969. Hierunter fielen dann z. B. Südtirol, Westpreußen, Ostoberschlesien usw.